



Echt AWO. Seit 1919.  
Erfahrung für die Zukunft.



Bundesverband e.V.

## **Europa sozial gestalten!** ***Europapolitischer Aufruf an den 19. Deutschen Bundestag***

In den 60 Jahren ihres Bestehens hat die EU Menschen zusammengebracht, die sich noch in zwei Weltkriegen zuvor feindselig gegenüberstanden. Sie hat gezeigt, dass Frieden und Wohlstand auf dem Europäischen Kontinent Realität werden können, wenn die demokratischen Grundwerte der Gleichheit, Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Toleranz respektiert und von allen gelebt werden.

60 Jahre nach ihrer Gründung steht die Europäische Union nun vor der größten Bewährungsprobe in ihrer Geschichte. Die Sparpolitik hat die wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der EU vergrößert und die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet. Vor allem Menschen in den südeuropäischen Mitgliedstaaten hat dies hart getroffen. Viele von ihnen sind durch Arbeitslosigkeit, massive Lohn- und Rentenkürzungen sowie starke Abgabensteigerungen in existenzielle Notlagen geraten. Hinzu kommt, dass die EU mit dem Austritt Großbritanniens im Jahr 2019 nicht nur einen langjährigen und wichtigen Partner verliert, sondern auch einen erheblichen Teil ihrer Finanzkraft. Allgemein wird damit gerechnet, dass aufgrund des Brexit künftig im Haushalt der EU rund 10 Mrd. Euro fehlen werden. Zugleich steigt in vielen Mitgliedstaaten der Einfluss von rechtspopulistischen und nationalistischen Kräften, die die Rechtsstaatlichkeit und als unverrückbar geglaubte Grundwerte offen und aggressiv in Frage stellen.

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) ist über diese zentrifugalen Entwicklungen auf europäischer Ebene tief besorgt. Sie ist der festen Überzeugung, dass die EU ein einmaliges Friedensprojekt ist, das nicht durch rechtspopulistische und nationalistische Egoismen aufs Spiel gesetzt werden darf! Frieden und Wohlstand können nur dann auf Dauer und für die Zukunft gesichert werden, wenn der europäische Weg weiter beschritten wird und die europäischen Staaten in den nächsten Jahren noch weiter zusammenrücken.

Vor diesem Hintergrund fordert die AWO die neue Bundesregierung und alle demokratischen Parteien im 19. Deutschen Bundestag auf, sich auf europäischer und nationaler Ebene mit Nachdruck für eine Stärkung des europäischen Zusammenhalts einzusetzen. Mit dem Binnenmarkt und der Wirtschafts- und Währungsunion hat die EU bereits einen hohen Grad der Wirtschafts- und Wettbewerbsintegration erreicht. Nunmehr muss es vorrangiges Ziel sein, das soziale Europa in den Mittelpunkt des europäischen Integrationsprozesses zu stellen. Hierfür reichen unverbindliche Koordinierungsprozesse, wie sie etwa im Rahmen der Europäischen Säule für soziale Rechte geplant sind, nicht aus.

Vielmehr muss das soziale Europa als ein eigenständiger Politikbereich mit verbindlichen Regeln für alle Mitgliedstaaten weiterentwickelt werden. Unverzichtbare Grundpfeiler eines solchen sozialen Europas müssen insbesondere sein

- das Recht auf Freizügigkeit und soziale Sicherheit. Wir brauchen soziale Mindeststandards, die in den Mitgliedstaaten nicht unterschritten werden dürfen und gemessen am jeweiligen Wohlstandsniveau eine gleichwertige Mindestsicherung garantieren.
- der solidarische Ausgleich zwischen den stark und schwach entwickelten Regionen. Die Menschen müssen überall annähernd gleich gute Lebensstandards vorfinden. Hierfür sind die EU-Strukturfonds als Förderinstrumente und Investitionen auszubauen und strategisch weiterzuentwickeln.
- die weitere Demokratisierung der europäischen Institutionen. Insbesondere müssen das Europäische Parlament gestärkt und die Partizipation der EU-Bürgerinnen und Bürger in den politischen Prozessen erhöht werden.

Mit dem Beschluss der Bundeskonferenz vom November 2016 „Mehr soziales Europa wagen!“ hat die AWO ihre Vision für eine doppelte Solidarität in einem sozialen Europa aus dem Jahr 2014 bekräftigt. Solidarität darf nicht an den nationalen Grenzen halt machen, sondern muss stärker als bisher über die nationalen Grenzen hinaus organisiert werden. Das Unbehagen gegenüber einer ungerechten Globalisierung, die bis in die Mittelschicht verbreitete Angst vor dem wirtschaftlichen und sozialen Abstieg und die Wut über die scheinbare Alternativlosigkeit des Neoliberalismus lassen sich weder mit Rezepten des Nationalstaates noch mit einem marktgläubigen „weiter so“ lösen.

Europa ist unsere Chance, die Globalisierung und unser gesellschaftliches Zusammenleben aktiv zu gestalten. Dafür muss Europa mehr sein als eine bloße Wirtschafts- und Wettbewerbsgemeinschaft. Wir brauchen ein soziales Europa, das Vielfalt, Zusammenhalt und Miteinander lebt und niemanden zurücklässt.

Lassen Sie uns gemeinsam für ein soziales Europa eintreten!

Präsidium des AWO Bundesverbandes, Berlin am 24.11.2017